

Ordnungsbehördliche Verordnung

über die Freigabe verkaufsoffener Sonntage im Jahre 2020

Aufgrund des § 6 Abs. 1 in Verbindung mit § 6 Abs. 4 des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten (Ladenöffnungsgesetz – LÖG NRW) vom 16. November 2006 (GV. NRW S. 516) und des § 27 des Gesetzes über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden (Ordnungsbehördengesetz OBG) vom 13. Mai 1980 (GV. NRW S.528) sowie des § 41 Abs. 1 Buchstabe f der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) vom 14. Juli 1994 (GV. NRW S.666) – jeweils in der zurzeit gültigen Fassung – wird von der Gemeinde als örtliche Ordnungsbehörde gemäß Beschluss des Rates der Gemeinde vom **11.12.2019** folgende Verordnung erlassen.

§ 1

Verkaufsstellen dürfen an Sonntagen geöffnet sein:

- a. anlässlich dem Frühlingsfest im Gewerbegebiet am **29. März 2020**
(in den Ortsteilen Langerwehe, Jüngersdorf und Stütgerloch)
- b. anlässlich dem Sommerfest am **05. Juli 2020**
(in den Ortsteilen Langerwehe, Jüngersdorf und Stütgerloch)
- c. anlässlich dem Töpfermarkt am **29. November 2020**
(in den Ortsteilen Langerwehe, Jüngersdorf und Stütgerloch)

jeweils in der Zeit **von 12:00 bis 17:00 Uhr**.

Diese Freigaben gelten, aufgrund der ortsteilbezogenen Auswirkungen der Anlässe, für die oben benannten Ortsteile.

Die verkaufsoffenen Sonntage bilden lediglich einen gem. § 6 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 LÖG NRW „begleitenden Charakter“ der oben genannten, jährlich stattfindenden Veranstaltungen.

§ 2

Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig im Rahmen des § 1 Verkaufsstellen außerhalb der dort zugelassenen Geschäftszeiten offen hält.

Die Ordnungswidrigkeit kann nach § 13 Abs. 2 des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten mit einer Geldbuße bis zu 5.000,00 € geahndet werden.

§ 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende ordnungsbehördliche Verordnung wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen kann gegen vorstehende ordnungsbehördliche Verordnung nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn

- a. eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt
- b. die ordnungsbehördliche Verordnung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden
- c. der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d. der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Langerwehe, den 12.12.2019
Gemeinde Langerwehe
Der Bürgermeister

Gez. Göbbels